



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

40. Sitzung (öffentlich)

25. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:05 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 16/6710

und

**Finanzplanung des 2014 bis 2018 mit Finanzbericht 2015 des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 16/6501

Vorlage 16/2174

Vorlage 16/2184

- Einbringung durch die Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

- Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet 6

- Aussprache 7

**2 Gesetz zum Ausbau des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen -
Änderung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) - 8**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4819

APr 16/566

- Auswertung der Anhörung und abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

- Aussprache 8

**3 Gesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und
Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie
Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen (Sozialberufe-
Anerkennungsgesetz - SobAG) 25**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6224

- Aussprache 25

Im Anschluss an die Aussprache zum Thema des Tagesordnungspunktes verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich auf die Vorbereitung eines Expertengesprächs.

- 4 Kindertageseinrichtungen nicht im Stich lassen - finanzielle Auskömmlichkeit der Kindpauschalen zügig evaluieren und anpassen** 27
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6680
- Aussprache 27
- Der Ausschuss wird zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchführen.
- 5 Bekenntnis zur Jugendbeteiligung mit Leben füllen - Verantwortung des Landes wahrnehmen** 28
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/44
- Aussprache 28
- 6 Zwischenbericht zur Überarbeitung der Bildungsgrundsätze für Kinder im Alter von 0 bis 10 Jahren** 31
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2228
- Aussprache 31
- 7 „Jedem Kind ein Instrument“ - Pläne der Landesregierung** 33
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/2236
- Aussprache 33

8	Verschiedenes	35
	a) Hilfen des Landes für vom Unwetter zerstörte Kitas	35
	– Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) berichtet	35
	b) Nächste Sitzungen	35
	– Hinweis der Vorsitzenden	35
	c) Zuschrift 16/599 des Familienzentrums Sternschnuppe	35
	– Aussprache	35
	d) Entwurf für ein Landeskinderschutzgesetz	37
	– Aussprache	37

* * *

3 Gesetz über die staatliche Anerkennung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen (Sozialberufes-Anerkennungsgesetz - SobAG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6224

Vorsitzende Margret Voßeler führt aus, das Plenum habe den Gesetzentwurf nach der ersten Lesung in seiner 65. Sitzung am 10. September 2014 einstimmig an den hiesigen Ausschuss federführend sowie zwei weitere Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen. Der AFKJ berate den Gesetzentwurf in seiner heutigen Sitzung erstmals.

Namens der CDU-Fraktion beantragt **Bernhard Tenhumberg (CDU)** zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung.

Dagmar Hanses (GRÜNE) konzidiert, es sei zwar gutes Recht der CDU-Fraktion, eine solche Anhörung zu beantragen; allerdings empfehle sie vorab einen genaueren Blick in den Gesetzentwurf. Im Grunde genommen gehe es lediglich um einen formalen Aspekt: Der Bologna-Prozess solle bei den in Rede stehenden Berufsgruppen nachvollzogen werden. Der Zusammenhang sei eigentlich politisch nicht umstritten. Eine kontroverse Diskussion könne sie sich eigentlich nicht vorstellen.

Andrea Milz (CDU) merkt an, man habe zwei Zuschriften von niederländischen Fachschulen erhalten, die sehr stark Erzieherinnen für den deutschen Markt spezialisiert ausbildeten. Dargelegt worden sei, zu welchen Änderungen es infolge des Gesetzentwurfs für die Studierenden käme, die in den Niederlanden für den deutschen Markt ausgebildet würden.

Sie rege an, die beiden Professoren, die sich gemeldet hätten, in den Ausschuss einzuladen.

MDgt Manfred Walhorn (MFKJKS) weist auf das gesonderte Gesetz über die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen hin. Der beschriebene Zusammenhang werde durch das Gesetz nicht geregelt.

(Andrea Milz [CDU]: Das hat damit nichts zu tun!)

Dagmar Hanses (GRÜNE) sieht durchaus einen interessanten Zusammenhang dargestellt, der allerdings nichts mit dem Gesetzentwurf zu tun habe. „Erzieherinnen an Fachschulen“ wie sie in Deutschland bekannt seien, gebe es im europäischen Vergleich kaum. Berufsbegleitende Studiengänge, die sich mit der Elementarbildung befassen, seien ebenfalls neue Entwicklungen.

(Ina Scharrenbach [CDU]: Die meinen wir!)

Ein Vergleich mit dem, was in den europäischen Nachbarländern vorgehalten werde, sei sicherlich sehr spannend. Vielleicht könne man sich das - unabhängig vom Gesetzentwurf - anschauen.

Ina Scharrenbach (CDU) verweist auf die ebenfalls zugegangene Stellungnahme der Universität Duisburg-Essen, die ebenfalls auf rechtliche Schwierigkeiten im Rahmen des Gesetzentwurfs hinweise. Deshalb würde es schon Sinn machen, das Thema in einem Gespräch aufzuarbeiten.

Nach Einschätzung der niederländischen Seite, so **Andrea Milz (CDU)** sei lediglich ein Satz einzufügen, der den Zusammenhang entschärfe. Sie wolle mehr Informationen. Eine formale Anhörung sei nicht vonnöten. Es gehe um eine „Nachbarschaftsgeschichte“.

Im Anschluss an die Aussprache zum Thema des Tagesordnungspunktes verständigt sich der Ausschuss einvernehmlich auf die Vorbereitung eines Expertengesprächs.